

MUT ZUR VERANTWORTUNG

Regierungserklärung von David McAllister
vor dem Niedersächsischen Landtag am 1. Juli 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute Vormittag hat das Hohe Haus mich zum zehnten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsens gewählt. Für das Vertrauen möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Es ist für mich eine besondere Ehre und Auszeichnung, unserem Land dienen zu dürfen.

Den Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP danke ich für ihre Unterstützung. Wir arbeiten in Niedersachsen seit mehr als sieben Jahren in unserer Koalition eng, harmonisch und vertrauensvoll zusammen. Es ist mein fester Wille, die sehr gute Zusammenarbeit in dieser Koalition von CDU und FDP fortzusetzen.

Dem gesamten Landtag biete ich im Interesse der Menschen in unserem Land eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit an. Die kritische Begleitung der Regierungsarbeit durch die parlamentarische Opposition ist für eine lebendige Demokratie von entscheidender Bedeutung.

Seit zwölf Jahren bin ich Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages und habe dabei sowohl Oppositions- als auch Mehrheitserfahrungen sammeln können. In jedem Fall war und bin ich gerne und leidenschaftlich Parlamentarier. Vor diesem Hintergrund sehe ich dieses Parlament als den zentralen Ort der politischen Willensbildung in Niedersachsen an. Dieser Landtag ist das Haus der Demokratie in Niedersachsen!

Dass wir heute zu einer zusätzlichen Sitzung des Landtages zusammenkommen, haben wir einem freudigen Anlass zu verdanken. Gestern hat die Bundesversammlung Christian Wulff zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im Namen der Landesregierung und auch

ganz persönlich gratuliere ich ihm an dieser Stelle nochmals von ganzem Herzen.
Wir freuen uns auf den ersten Bundespräsidenten aus Niedersachsen!

Christian Wulff war insgesamt sieben Jahre, drei Monate und 26 Tage
Ministerpräsident unseres Landes. Es waren sieben sehr gute Jahre für
Niedersachsen. Unser Land hat sich enorm nach vorne entwickelt. Dafür sind wir
Christian Wulff sehr dankbar!

CDU und FDP ist es seit 2003 gelungen, Niedersachsen auf allen wichtigen
Politikfeldern zu modernisieren. Lassen Sie mich sechs Bereiche beispielhaft
nennen:

- Wir haben die Landesverwaltung modernisiert und mit schlanken
Strukturen zukunftstauglich gemacht. Durch die Abschaffung der
Bezirksregierungen ist eine Verwaltungsebene ersatzlos weggefallen.
- Der Arbeitsmarkt hat sich positiv entwickelt. Bei der Arbeitslosenquote ist
Niedersachsen im Vergleich der Länder von Platz 9 im Jahr 2003 deutlich
nach vorne gerückt und belegt stabil die Plätze 5 und 6.
- Die Landesregierung hat das Bildungssystem in Niedersachsen reformiert
und zukunftsfest modernisiert. Durch große finanzielle Kraftanstrengungen
haben wir inzwischen rund 86.000 Lehrerinnen und Lehrer - so viele wie
noch nie in der Geschichte des Landes Niedersachsen und das bei
zurückgehenden Schülerzahlen.
- Die Landesregierung hat die Sicherheit für jeden Einzelnen spürbar
verbessert. Seit 2003 haben wir 1.000 neue Polizisten eingestellt. Die
Aufklärungsquote lag 2009 mit rund 60 Prozent so hoch wie nie zuvor.
- Lange vernachlässigte Themen haben wir seit 2003 beherzt angepackt
und auf die Tagesordnung gesetzt. Das gilt für die frühkindliche Bildung,
die Integrationspolitik oder die demografische Entwicklung.

Wir reden nicht – wir handeln!

Die persönliche Bilanz von Christian Wulff reicht weit über diese kurze Zusammenfassung hinaus. In unzähligen Gesprächen, Verhandlungen und Interventionen hat er Arbeitsplätze gerettet und so vielen Menschen in Niedersachsen ganz nachhaltig eine gute Zukunft ermöglicht.

Seinen größten politischen Erfolg hat Christian Wulff im vergangenen Jahr verbuchen können. Das Engagement für Volkswagen ist sein Meisterstück gewesen. In engem Schulterschluss mit der Bundesregierung und den Arbeitnehmervertretern wurden die Rechte des Landes im VW-Gesetz und in der VW-Satzung festgeschrieben. Der Firmensitz in Wolfsburg ist auf Dauer gesichert, die Arbeitnehmer-Mitbestimmung auch zukünftig garantiert. Porsche wurde erfolgreich in den Konzern integriert. Niedersachsens Zukunft als Automobilstandort ist dauerhaft gesichert.

Den rund 100.000 Beschäftigten bei Niedersachsens größtem Arbeitgeber VW sage ich: Wir stehen zu unserer Beteiligung am VW-Konzern. Das Engagement von Christian Wulff bei VW zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zugunsten der Standorte und zugunsten des ganzen Landes werde ich gemeinsam mit Wirtschaftsminister Jörg Bode konsequent fortsetzen!

An erfolgreiche sieben Jahre gilt es nun anzuknüpfen. Insofern stehe ich für Kontinuität und mit mir diese neue Landesregierung und die sie tragende Koalition aus CDU und FDP. Wenn Sie so wollen: Die Marke bleibt, das Modell ist neu. Wir sind auf der Langstrecke unterwegs und nehmen deshalb schon die nächsten Etappen nach 2013 in den Blick.

Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP vom 25. Februar 2008 gilt unverändert auch für die kommenden Jahre. Das bedeutet Kontinuität des Bewährten. Heute möchte ich den Landtag darüber informieren, wo wir in den nächsten Jahren politische Schwerpunkte setzen wollen, wo wir eingeschlagene Wege überprüfen wollen und wo diese Landesregierung neue Akzente setzen wird. Wir machen Politik in besonderen – nicht einfachen – Zeiten. Schwierige Herausforderungen stehen bevor. Wir brauchen Mut zur Verantwortung. Wir haben den Mut zur Verantwortung!

1. Niedersachsen und die Welt

Niedersachsen ist mit seinen über 7,9 Millionen Einwohnern ein im Herzen Europas gelegenes, wirtschaftlich starkes und weltoffenes Bundesland. Menschen aus 193 Nationen sind bei uns zu Hause. Dieses Land soll Heimat sein für alle die, die hier geboren worden sind, und all jene, die im Laufe ihres Lebens zu uns gekommen sind, um hier rechtmäßig dauerhaft zu leben und zu arbeiten. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz dürfen und werden bei uns keinen Platz haben! Wir bekennen uns zu unserer Heimat und zu unseren Werten, sind aber gleichzeitig offen für Neues.

Wir bekennen uns zur christlich-jüdischen Tradition unserer Gesellschaft und sind gleichzeitig offen für Menschen anderen Glaubens. Wir alle wollen friedlich miteinander leben in einem gegenseitigen Geiste von Respekt und Toleranz.

Diesem Geist zuwider war der Übergriff auf eine jüdische Tanzgruppe in Hannover vor zwei Wochen. Es ist richtig, dass Innenminister Schönemann und Oberbürgermeister Weil bereits in der vergangenen Woche schnell und entschlossen reagiert haben. Der Innenminister hat unverzüglich das Gespräch mit Vertretern der jüdischen Gemeinden und der liberalen jüdischen Gemeinde gesucht. Diesen antisemitischen Vorfall verurteile ich aufs Schärfste!

Die weitere Globalisierung der Märkte, der Informationen und des Wissens ist unaufhaltsam. Zur besseren Werbung für den Standort Niedersachsen hat das Land alle Akteure der Außenwirtschaftsförderung in der Gesellschaft „Niedersachsen Global“ gebündelt. Niedersachsen verfügt mittlerweile über ein Netz von Repräsentanzen in Afrika, in Amerika, in Asien und in Europa. Wir werden unser Engagement in Asien und der Golf-Region Schritt für Schritt weiter ausbauen und für unsere Universitäten und Schulen sowie für niedersächsische Unternehmen mit Delegationsreisen neue Möglichkeiten schaffen. Auch deshalb werde ich schon in drei Tagen zu einer noch von meinem Amtsvorgänger geplanten Reise nach China aufbrechen. Weitere Reisen nach Indien (2010) und Japan (2011) sind geplant.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Alte Bedrohungsszenarien sind entfallen. Neue sind hinzugekommen.

Dass wir hier heute in Frieden und Freiheit tagen können, ist auch das Verdienst unserer Soldaten der Bundeswehr, die in vielen Teilen der Welt einen wichtigen, einen gefährlichen Dienst leisten. Ich danke allen Bundeswehrsoldaten und ebenso den zivilen Aufbauhelfern für ihren Einsatz in Afghanistan und anderen Krisengebieten der Welt. Die Niedersächsische Landesregierung wird auch künftig ein zuverlässiger und loyaler Partner unserer Bundeswehr und ihrer Soldaten sein. Das gilt zu allererst für den Ministerpräsidenten!

2. Niedersachsen und Europa

Unser Land Niedersachsen ist eine selbstbewusste Region in Europa. Wir bekennen uns zur Europäischen Union und zum europäischen Integrationsprozess.

Niedersachsen bringt sich aktiv ein in die europapolitische Willensbildung: im Bundesrat, in der Europaministerkonferenz, im Ausschuss der Regionen und über unsere Landesvertretung in Brüssel. Diese Landesregierung wird sich weiterhin aktiv an europäischen Debatten und Diskussionen beteiligen.

Von besonderer Bedeutung ist für uns die Strukturförderung der EU ab 2014. Mit 2,7 Mrd. Euro, die Niedersachsen in der laufenden Programmperiode 2007 bis 2013 aus den EU-Strukturfonds erhält, können wir in der kommenden Förderperiode nicht mehr rechnen. Um den Mittelrückgang abzufedern, machen wir uns daher in Brüssel für eine flächendeckende Förderung im Bereich „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ stark. Außerdem ist eine Übergangsförderung für die Region des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg notwendig. Eines ist mir wichtig: Wir wollen als Land weiterhin selbst über die Verwendung der Fördermittel entscheiden!

3. Niedersachsen und seine Nachbarn

Niedersachsen hat eine gemeinsame Grenze mit dem Königreich der Niederlande sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Sachsen-

Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen.

Wir wollen die guten und vertrauensvollen Beziehungen zu den Niederlanden weiterentwickeln. Bereits heute gibt es viele Projekte für die niedersächsisch-niederländische Partnerschaft. Beispielhaft nenne ich die Euregio Gronau, die Ems-Dollart-Region, das grenzüberschreitende Gewerbegebiet Coevorden-Emlichheim oder die vielfältige Zusammenarbeit im Hochschulbereich. Auf dieser Grundlage wollen wir unsere Partnerschaft weiter ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung der niedersächsisch-niederländischen Zusammenarbeit durch die Europäische Kommission im Rahmen des Programms INTERREG über das Jahr 2014 hinaus fortgesetzt werden kann.

Wir haben mit den britischen Streitkräften gute Nachbarn und Freunde innerhalb unseres Landes. Mit Major General Adrian Bradshaw, dem Kommandeur der 1. Britischen Panzerdivision in Herford habe ich kürzlich gesprochen. Wir sind uns einig: die britischen Streitkräfte in Deutschland und speziell bei uns in Niedersachsen – in Bergen-Hohne, Celle, Fallingb. und Hameln – sind wichtige Partner und Freunde. Wir möchten dazu beitragen, dass sie sich weiter bei uns zuhause fühlen! Im Jahr 2014 jährt sich der Aufstieg des hannoverschen Kurfürsten zum König von England zum 300. Mal. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, im Rahmen einer für 2014 geplanten Landesausstellung Niedersachsen und Teile seiner Geschichte im deutschen und europäischen Kontext zu präsentieren. Museen und zahlreiche Fachhistoriker arbeiten gemeinsam an diesem Projekt. Die Ausstellung soll im Sommer 2014 als Kooperation zwischen dem Niedersächsischen Landesmuseum Hannover und dem Historischen Museum Hannover im neuen Schloss Herrenhausen mit Außenstellen an anderen Standorten gezeigt werden.

Unsere gute Zusammenarbeit mit den benachbarten deutschen Ländern wollen wir auch künftig fortsetzen. Insbesondere im norddeutschen Verbund mit den anderen Küstenländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele Gemeinsamkeiten. Vor allem die Zukunftsthemen Energie, Life Sciences, Meeres-, Klima- und Mobilitätsforschung möchte ich weiter vorantreiben. Die Konferenz Norddeutschland ist hierfür das richtige und erfolgreiche

Gremium. Hier werde ich mich mit Überzeugung einbringen, denn gemeinsam ist der Norden stark. Gemeinsam und abgestimmt müssen wir die großen Zukunftschancen der Küstenregionen nutzen und ausbauen.

Auch in der Metropolregion „Hamburg“ und in der Metropolregion „Bremen-Oldenburg im Nordwesten“ wird norddeutsche Zusammenarbeit praktiziert. Diese beiden Kooperationen sind mir im Hinblick auf die norddeutsche Zusammenarbeit seit Jahren besonders wichtig. Auch die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg zählt dazu.

Ein deutsches Sprichwort sagt: *„Liebe Deinen Nachbarn, aber reiße den Zaun nicht ein“*. Das beschreibt gut unsere niedersächsische Haltung im Umgang mit den benachbarten Ländern im Norden.

Das Grundgesetz hat eine klare Entscheidung für den Bundesstaat getroffen. Die Bundesstaatlichkeit unterliegt der Ewigkeitsgarantie des Artikels 79 III GG und kann damit mit keiner noch so großen politischen Mehrheit verändert werden. Das ist richtig so!

Der Föderalismus hat zwar unbestritten auch Nachteile. Er ist mühsam, er ist anstrengend, er verzögert manchmal politische Entscheidungen. Auf der anderen Seite ist der Föderalismus aber ein schützenswertes Gut. Bundesstaatlichkeit bedeutet Wettbewerb. Bundesstaatlichkeit bedeutet Dezentralisierung der politischen Willensbildung und somit eine Stärkung der Demokratie vor Ort. Bundesstaatlichkeit garantiert in großem Maße politische Teilhaberechte der Bürgerinnen und Bürger. Und in Verbindung mit dem Subsidiaritätsprinzip bietet die Bundesstaatlichkeit gute Voraussetzungen für bürgernahe Verwaltung und Entscheidungen.

Dass Deutschland viele Städte und Regionen mit gewachsenen kulturellen Traditionen hat, dass dieses Land vielfältig ist und nicht wie andere zentralistisch auf eine einzige Stadt im wesentlichen zugeschnitten ist, das ist ein hohes Gut, von dem wir auch gerade in Niedersachsen sehr profitieren.

Wichtiger als abstrakte Debatten um eine Neugliederung der Länder sind für mich konkrete Schritte in der aktuellen Politik. Wir wollen auch weiterhin - insbesondere in der Zusammenarbeit mit Hamburg, Bremen und Bremerhaven - in der täglichen Praxis für die Menschen die Landesgrenze überwinden. Ich bin mir ganz sicher: konkrete Verbesserungen sind für die Menschen sinnvoller als abstrakte und theoretische Debatten ohne praktischen Bezug!

4. Niedersachsen und der Bund

Niedersachsen ist das flächenmäßig zweitgrößte und nach Einwohnern viertgrößte Land der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen und werden mit der Bundesregierung vertrauensvoll und eng zum Wohle des Landes zusammenarbeiten.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen: der Klimawandel, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Haushaltskonsolidierung, die Schaffung zukunftsfester sozialer Sicherungssysteme, Investitionen in Bildung und Forschung oder die Gestaltung des demografischen Wandels.

Die Landesregierung wird im Bundesrat konstruktiv an guten und zukunftsweisenden Lösungen mitarbeiten. Mit der Bundesregierung von Dr. Angela Merkel verbindet diese Landesregierung eine gemeinsame politische Überzeugung und ein gemeinsames politisches Wertesystem. Deshalb werden wir auch künftig unsere guten Kontakte zum Bundeskanzleramt und zu den Berliner Ministerien nutzen. Wir setzen dabei auch auf unsere Niedersachsen im Kabinett: Dr. Ursula von der Leyen und Dr. Philipp Rösler.

Gleichwohl gilt im Bundesrat: „Erst Niedersachsen, dann die Parteien.“ Wir werden stets das Wohl unseres Landes zur Grundlage unserer politischen Entscheidungen machen!

5. Finanzen

Wir nehmen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse und das Neuverschuldungsverbot sehr ernst.

Die neue Landesregierung hält daran fest, die Nettoneuverschuldung auf Null herunter zu führen. Deshalb werden wir den Konsolidierungskurs der letzten sieben Jahre unseres Finanzministers Hartmut Möllring konsequent fortsetzen, weil wir dies der Zukunft unseres Landes, unserer Kinder und Enkelkinder schuldig sind.

Die jüngste Haushaltsklausur des Bundeskabinetts war in dieser Hinsicht konstruktiv und zielorientiert. Die Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen das Ziel bekräftigt, 80 Milliarden Euro bis 2014 einzusparen. Spätestens im Jahr 2013 wird Deutschland die Defizitgrenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder einhalten. Das ist notwendig und konsequent!

Deutschlands angekündigter Sparkurs wird zum weltweiten Vorbild. Ab 2011 wollen die mächtigsten Industriestaaten ihre Haushalte sanieren und die Defizite senken. Bis 2013 wollen die großen Industrieländer ihre Haushaltsdefizite halbieren. In sechs Jahren soll es sogar überhaupt keine neuen Schulden mehr geben. Das ist eine wegweisende Botschaft des G 20-Gipfels in Toronto. Die Länder haben erkannt: Wer auf Pump wachsen will, stürzt über kurz oder lang ab. Stabiles Wachstum und sichere Jobs brauchen solide Staatsfinanzen!

Auch wir in Niedersachsen können uns der finanzpolitischen Wirklichkeit nicht verschließen. Auch wir sind verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Steuereinnahmen in Niedersachsen im letzten Jahr um 1,3 Mrd. Euro zurückgegangen. Für dieses Jahr führt die Steuerschätzung gegenüber den bisherigen Planungen zu einem Rückgang um 2,4 Mrd. Euro. Für einen Landeshaushalt mit einem Umfang von rund 25 Mrd. Euro ist das eine enorme Herausforderung!

Die Landesregierung wird auf ihrer Klausurtagung am 1. und 2. August in Hannover den Haushalt für 2011 intensiv beraten und dem Landtag rechtzeitig einen umsichtig abgestimmten Entwurf vorlegen. Die Landesregierung wird klare Prioritäten setzen

und verdeutlichen, warum bestimmte Bereiche nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher Finanzmittel des Landes erhalten können. Alle Aufgaben und damit alle Ausgaben des Landes müssen nochmals auf den Prüfstand.

Die größte Belastung für die öffentlichen Haushalte sind die steigenden Personalkosten– insbesondere im Bereich der Versorgung. Unbequeme Tatsache ist: Wir werden unsere Haushaltsprobleme ohne einen weiteren Personalabbau nicht lösen können.

Deshalb werden wir die letzte Denkschrift des Landesrechnungshofes sorgfältig auswerten. Die Forderung nach Streichung von 26.000 Stellen werden wir uns dabei nicht zu Eigen machen. Aber es müssen alle Möglichkeiten ausgelotet werden, um künftige Personalkosten so gering wie möglich zu halten.

Nach der Klausur am 1. und 2. August wird es ausreichend Gelegenheit geben, in allen Details den Entwurf für den Haushalt 2011 zu beraten. Es bleibt beim vereinbarten Fahrplan: erste Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2011 im September, zweite Lesung und Beschlussfassung im Dezember. Denjenigen, die mehr fordern und versprechen, schlage ich bereits jetzt einen Wettbewerb der Ideen vor - aber bitte mit konkreten und belastbaren Zahlen!

6. Wirtschaft, Arbeit, Verkehr

Niedersachsen steht in diesen Krisenzeiten recht gut da:

Wir hatten im Juni 2010 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten mit 7,3 Prozent den niedrigsten Arbeitslosenstand in einem Juni seit 1992.

Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich im Vergleich zu den Vorjahresmonaten auf dem zweitniedrigsten Stand seit zwölf Jahren.

Beim Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung liegt Niedersachsen auf Platz 1 der westdeutschen Länder.

Dennoch ist die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Alle unsere Anstrengungen werden wir auch zukünftig auf die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen konzentrieren.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist Ausdruck der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts. Die Tarifvertragsparteien haben in jüngster Zeit ihre Verantwortung wahrgenommen und mit einer beschäftigungsorientierten, differenzierten und flexiblen Tarifpolitik allein in Niedersachsen zehntausende Arbeitsplätze gesichert. Dafür danke ich den Verantwortlichen vor Ort für die konstruktive Zusammenarbeit! Lassen Sie uns auf diesem Weg gemeinsam weitergehen. Die Türen der Landesregierung stehen für die berechtigten Interessen der Sozialpartner jederzeit offen. Das gilt für die Gewerkschaften und ebenso für die Unternehmen, Verbände und Kammern.

Künftig werden wir am Arbeitsmarkt den weiteren Rückgang des produzierenden Gewerbes ebenso zu spüren bekommen wie die Zunahme der Dienstleistungen insbesondere in der Pflege, im Gesundheitswesen, Bildung und Erziehung sowie Banken und Versicherungen. Auf diese Entwicklung müssen wir uns vor allem dadurch vorbereiten, dass wir uns um diejenigen kümmern, die bisher häufig unter ihrem Potential geblieben sind: nämlich Ältere über 50, Frauen mit Kindern und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Deshalb werden wir unseren Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs und unsere Qualifizierungsoffensive weiter umsetzen und dabei auch konsequent auf diese Zielgruppe ausrichten.

Investitionen in die Infrastruktur sind Zukunftsinvestitionen. Deshalb begrüße ich die Entscheidung der Bundesregierung - trotz der angespannten Haushaltslage - weiterhin stark in die Bereiche Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu investieren. Diese Investitionen stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland und schaffen bzw. sichern Arbeitsplätze. Sie sind Zukunftsinvestitionen!

Den Häfen kommt im internationalen Warenverkehr eine Schlüsselrolle zu. Sie sind die großen Gewinner der Globalisierung. Hamburg und die bremischen Häfen werden weiter ausgebaut und auch an der niedersächsischen Küste werden in den nächsten Jahren wichtige Hafeninfrastrukturprojekte realisiert. Zu nennen sind:

- Inbetriebnahme des zweiten Liegeplatzes in Brake im nächsten Jahr
- Sanierung der Nesserlander Schleuse in Emden bis 2012
- Ausbau der Niedersachsenbrücke in Wilhelmshaven bis 2011
- Erweiterung des Hafens in Stade-Bützfleth
- Erweiterung der Offshore-Basis Cuxhaven bis 2013.

Und allen voran steht der erste deutsche Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven. Vor wenigen Wochen hat sich die JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mit dem Betreiber Eurogate auf den Starttermin 5. August 2012 für die Inbetriebnahme des Hafens verständigt. Noch zwei Jahre – dann geht es los. Das ist ein gutes Signal!

Beim rasanten Ausbau der Häfen von Emden bis Hamburg droht mittlerweile die Hinterlandanbindung zur Achillesferse zu werden. Bundesverkehrsminister Ramsauer hat mehrfach zu Recht betont, wie wichtig für alle Wirtschaftsstandorte in Deutschland exzellente Häfen und Hinterlandanbindungen sind. Wir setzen darauf, dass der Bund und die Deutsche Bahn AG entsprechende Zusagen einhalten. Das gilt insbesondere für die Anbindung des JadeWeserPort.

In Niedersachsen befindet sich derzeit eine ganze Reihe von Infrastrukturprojekten im Bau und in der Planung, die uns in den nächsten Jahren politisch sehr beschäftigen werden.

Im Bereich der Schieneninfrastruktur sind das neben der erwähnten Anbindung des JadeWeserPorts:

- Der Zweigleisige Ausbau der DB-Strecke Hildesheim – Groß Gleidingen für den Fern- und Nahverkehr,
- das 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg (DB-Strecke) für höhere Streckenkapazitäten,
- der unmittelbarer Anschluss des JWP an die Strecke Oldenburg – Wilhelmshaven,
- die Ertüchtigung Bremerhaven – Rotenburg (EVB-Strecke) für den Güterverkehr,
- der Ausbau der DB-Strecke Oldenburg – Osnabrück für den Nahverkehr und

- der Ausbau der DB-Strecke Heidebahn Bennemühlen – Buchholz für den Nahverkehr.

Zu den großen Straßenprojekten gehören:

- A 1: Sechsstreifiger Ausbau zwischen Hamburg und Bremen
- A 1: Sechsstreifiger Ausbau zwischen Ahlhorner Heide und Osnabrück
- A 7: Sechsstreifiger Ausbau vom Dreieck Salzgitter bis zum Dreieck Drammetal
- A 29: Verlängerung in Wilhelmshaven
- A 20: Küstenautobahn von Westerstede bis zur festen Elbquerung bei Drochtersen
- A 39: Lüneburg bis Wolfsburg
- A 26: Stade bis Hamburg (Bau weiterer Abschnitte)
- Anrede

Letzten Freitag haben wir mit besonderer Freude vernommen, dass der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann die Linienbestimmung für die Küstenautobahn A 20 abgeschlossen hat. Jetzt muss es weitergehen: Bis 2012 sollen die detaillierten technischen Entwürfe für die ausgewählte Trasse vorliegen.

Die A 20 hat eine Riesenbedeutung für uns im Norden. Autobahnanschlüsse erleichtern die Standortentscheidungen von Betrieben. Das wird auch im Fall der A 20 so sein. Eine Autobahn allein ist zwar noch kein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region. Aber sie kann den Weg in eine dynamische Entwicklung mit Arbeitsplätzen und Wohlstand bahnen. Beides ist notwendig!

Beim Infrastrukturausbau stellt sich ein besonderes Problem: Für Eingriffe in die Natur vom Straßenbau bis zu Industrieansiedlungen müssen bekanntlich vorrangig Ausgleichsflächen bereitgestellt werden. Das wird in Norddeutschland angesichts der vielen Bauvorhaben zunehmend schwieriger. Wir wollen deshalb, dass zukünftig mehr von finanziellen Ersatzleistungen Gebrauch gemacht werden kann, weil dadurch flexibler, effektiver und oftmals praxisnäher die Belange des Umwelt- und Naturschutzes verwirklicht werden können. Wir drängen insofern mit Nachdruck auf

Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes. Wir erwarten von der Bundesregierung eine zügige Umsetzung des Berliner Koalitionsvertrages!

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zur Verkehrspolitik. Beim Schienenpersonennahverkehr hat Niedersachsen einen bundesweiten Spitzenplatz inne. Das soll so bleiben.

Die Effizienz, die Qualität der Leistungen und die Akzeptanz der Fahrgäste haben in den letzten Jahren stetig zugenommen. Es war richtig, dass die Landespolitik auf Wettbewerb gesetzt hat und neben der Deutschen Bahn AG neue Unternehmen eine Chance bekommen haben. Ich nenne die Nordwestbahn, Metronom, OHE und Arriva. Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr schafft auch die notwendigen finanziellen Spielräume für Investitionen in die Infrastruktur oder die Bestellung von Mehrleistungen. Davon profitieren die Fahrgäste.

Ab Dezember 2010 wird der Anteil der in Niedersachsen im Wettbewerb vergebenen Verkehrsleistungen durch die Betriebsaufnahme auf der künftigen Regio-S-Bahn Bremen/Niedersachsen durch die Nordwestbahn auf über 50 Prozent im Gebiet der LNVG steigen. Diesen Weg möchte ich konsequent fortsetzen. Ziel ist es, bis Ende 2014 möglichst alle Verkehrsleistungen auf der Schiene mindestens einmal im Wettbewerb zu vergeben. Dafür brauchen wir neben der DB AG weitere leistungsstarke Eisenbahnunternehmen. Wettbewerb ist der Schlüssel für eine gute Zukunft im Schienenpersonennahverkehr.

Und noch einen Hinweis: Wir werden auch das Bahnstationsmodernisierungsprogramm „Niedersachsen ist am Zug 2“ trotz aller Konsolidierungsnotwendigkeiten umsetzen. Mit einem Investitionsvolumen von 100 Millionen Euro werden wir bis 2013 38 Bahnstationen modernisieren und barrierefrei gestalten.

7. Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung

Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist unser zweitwichtigster Wirtschaftszweig nach der Automobilindustrie. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Niedersachsen ist mit der Land- und Ernährungswirtschaft verbunden. Bundesweit ist Niedersachsen der

bedeutendste Standort für moderne Tierhaltung. Die Milchwirtschaft ist in Ostfriesland und im Elbe-Weser-Raum absolut prägend. Niedersachsen ist „Agrarland Nummer 1“ in Deutschland. Nicht zuletzt diese starke Ernährungswirtschaft ist es gewesen, die Niedersachsen gut durch die Wirtschaftskrise gebracht hat. Lassen Sie mich vier Themen des Agrarressorts ansprechen:

1. Im Herbst wird die Europäische Kommission ihre Vorstellungen zur Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 vorstellen. Ministerin Astrid Grotelüschen habe ich gebeten, dass wir frühzeitig unsere niedersächsischen Interessen formulieren und in die Diskussion einbringen. Wir streben eine eindeutige und verlässliche Finanzierungsgrundlage für beide Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik an.
2. Schon in Kürze werden wir das förmliche Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren für die Fortschreibung des Landesraumordnungsprogramms einleiten. Wesentliche Fragen sind dabei die Anbindung der Offshore-Windenergieanlagen an das landseitige Höchstspannungsnetz, die Weiterleitung der erzeugten Energie in die Verbrauchsschwerpunkte und das Repowering bestehender Windenergieanlagen. Diese Landesregierung wird mutige und notwendige Entscheidungen im Interesse unseres Landes treffen müssen. Die Betroffenen vor Ort können sich dabei sicher sein, dass alle Entscheidungen gemeinsam im Dialog vorbereitet werden.
3. Das Bemühen der Landesregierung ist darauf gerichtet, den flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet und die Bereitstellung von Breitbandanschlüssen voranzutreiben. Mit Unterstützung von Bund und EU werden das Land- und Wirtschaftsministerium bis Ende 2011 etwa 260.000 neue Endkundenstandorte in den ländlich strukturierten Gebieten Niedersachsens technologisch erschließen.
4. Diese Landesregierung wird einen Schwerpunkt auf den Verbraucherschutz legen. Verbraucherschutzpolitik ist Querschnittsaufgabe. Wenn der Google-

Earth-Filmwagen durch die Gegend fährt, wenn zusammengeklebte Fleischfetzen als Schinken verkauft werden oder wenn persönliche Daten im Internet nicht mehr sicher sind: in all diesen Fällen ist die Politik gefragt, für Information und Vertrauen bei den Verbrauchern zu sorgen.

8. Umwelt und Klimaschutz

Für uns ist die Zukunft unserer Energieversorgung eines der strategischen Wachstums- und Zukunftsprojekte. Niedersachsen ist Energieland Nummer 1. Das wollen wir auch bleiben – gerade bei den erneuerbaren Energien.

Als Agrarland sind wir führend bei der Biomasse. Und ebenso sind wir führend bei der installierten Windenergieleistung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat spürbar zur Ansiedlung neuer Firmen gerade auch in strukturschwachen Regionen beigetragen.

Die Umstellung auf neue, effiziente Umwelttechniken verspricht nicht nur ökonomischen Gewinn und zukunftsfähige Arbeitsplätze, sondern ist auch umweltpolitisch geboten. Wir Niedersachsen wollen weiter wachsen. Aber nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Wir wollen, dass sie eine lebenswerte, gesunde und sichere Zukunft haben. Dabei spielt die Klima- und Energiepolitik eine ganz zentrale Rolle.

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Die Umstellung von einer Ressourcen verbrauchenden Wirtschaftsweise auf Ressourcen schonende Umwelttechnologien ist das zentrale Wachstumsprojekt im 21. Jahrhundert. Deutschland ist hier Weltmarktführer und der Trend ist unumkehrbar. Wir wollen vorne bleiben. Darum geht es. Das von der Bundesregierung angekündigte Energiekonzept ist das strategisch wichtigste Wirtschaftskonzept zur Fortentwicklung unserer sozialen Marktwirtschaft und ihre Anpassung an die Herausforderungen unserer Zeit.

Niedersachsen soll zu den Gewinnern des großen Strukturwandels des 21. Jahrhunderts gehören! Deshalb gilt das Engagement dieser Landesregierung in den

kommenden Jahren den erneuerbaren Energien. Es geht um Biomasse, um Solartechnologie und Geothermie. Vor allem geht es aber um die Windenergie. Hier gibt es riesige Potentiale im Offshore-Bereich.

Auch im Bereich der nachhaltigen Mobilität sehe ich gute Chancen. Im Wärme- und Gebäudebereich. Überall dort, wo gerade mittelständische Betriebe Markt- und Technologieführer sind. Diese Potentiale wollen wir in den kommenden Jahren heben, indem wir den Dialog – Stichwort Netzanbindung – intensivieren und die Rahmenbedingungen laufend weiterentwickeln.

Der Energieforschung kommt in den kommenden Jahren noch größere Bedeutung zu. Dies gilt bei den Erneuerbaren insbesondere für die Netz- und Speichertechnologien.

Niedersachsen hat in diesem Bereich mit dem Energieforschungszentrum in Goslar eine gute Position inne. Aber auch bei Themen wie Erdöl- und Gasexploration hat die Forschung in Niedersachsen eine weltweite Spitzenstellung. Viele Forschungsprojekte werden schon in Kooperation mit der Industrie geführt. Das werden wir unterstützen und ausbauen.

Bis zur vollständigen Umstellung auf die erneuerbare Energien können wir auf die fossilen Energien und die Kernenergie nicht verzichten. Aber wir sollten ihren Anteil nach und nach reduzieren – abhängig davon, wie schnell der Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt.

Die konventionellen Energieträger sind derzeit noch die Grundlage für eine verlässliche, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung und damit für einen intelligenten Energiemix. Kohle und Gas müssen effizienter genutzt werden. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des technischen Fortschrittes im Interesse von Klimaschutz und Versorgungssicherheit nutzen. Niedersachsen hat mit der raumordnungsrechtlichen Ausweisung von Kraftwerksstandorten auch hierfür gute Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen.

Die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ist nicht die zentrale Frage der Energiepolitik. Die zentrale Frage, die uns gerade in Niedersachsen interessiert, ist:

durch welche Rahmenbedingungen und Maßnahmen bringen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent voran, um unsere Ziele auch wirklich zu erreichen? Es fehlen intelligente Netze. Es fehlen moderne Speichertechnologien. Es fehlt an neuen Technologien für mehr Effizienz. Oder um es positiv zu formulieren: Es gibt riesigen Investitionsbedarf und große Märkte mit enormen wirtschaftlichen Chancen, von denen wir profitieren wollen. Das hat Priorität!

Mit Schacht Konrad in Salzgitter, der Schachanlage Asse II in Remlingen und dem Erkundungsbergwerk Gorleben ist gerade Niedersachsen in vielfältiger Weise mit Fragen und Problemen der Endlagerung radioaktiver Abfälle konfrontiert. Dabei spielen für mich die Interessen unseres Landes und unserer Bürger eine entscheidende Rolle. Deshalb setzen wir uns für transparente Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit ein.

Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit werden in den kommenden Jahren die Deichsicherheit und der Küstenschutz sein. Der Schutz der Menschen an der niedersächsischen Küste vor Sturmfluten ist und bleibt eine herausragende Aufgabe von überlebenswichtiger Bedeutung. Die Vorlage des neuen Generalplans Küstenschutz vor wenigen Wochen und auch die hohen finanziellen Mittel, die Jahr für Jahr bereitgestellt werden, sind eindrucksvolle Belege dafür.

Unsere Flüsse sind in doppelter Weise Lebensadern: Als Verkehrswege und Wirtschaftsräume einerseits und als wichtige und schützenswerte Naturräume andererseits. Diese Interessen gilt es insbesondere an Elbe, Weser und Ems zu einem vernünftigen Ausgleich zu bringen. Bei den derzeit laufenden Vorhaben zu den Vertiefungen von Elbe und Weser werden wir die Interessen der Anrainer konsequent vertreten. Die Menschen an den großen Flüssen können sich sicher sein: diese Landesregierung hatte und hat mit Minister Hans-Heinrich Sander die existenziellen Fragen der Deichsicherheit im Blick!

Bei der Aufgabenerbringung im Bereich Abfall und Abwasser setzen wir auch weiterhin auf mehr Wettbewerb und streben eine faire Behandlung privater Anbieter an.

9. Kultus

Erfolgreiche Bildungspolitik setzt bereits bei der frühkindlichen Bildung an. Auf den Anfang kommt es an. Sie ist ein Schwerpunkt unserer Politik:

- 462 Mio. Euro für den Krippenausbau und die Betriebskosten bis 2013,
- 100 Mio. Euro für das letzte beitragsfreie Kindergartenjahr,
- Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige,
- Orientierungsplan in Kindertagesstätten,
- Brückenjahr zwischen Kita und Grundschule,
- wissenschaftliche Begleitung durch das Institut für frühkindliche Bildung in Osnabrück.

Niedersachsen ist hier auf einem guten Weg!

Wir haben den Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen konsequent fortgesetzt. Während es 2003 landesweit nur 155 Ganztagschulen gab, werden wir zu Beginn des kommenden Schuljahres 1.151 Ganztagschulen haben. Wir investieren hierfür allein in diesem Jahr rund 85 Mio. Euro.

Die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist seit 2003 um ein Drittel von 10,5 auf 6,2 Prozent in 2009 gesunken. Wir werden weiter intensiv an der Qualifizierung aller Schulabgänger arbeiten. Denn von einem bin ich fest überzeugt: Jeder junge Mensch hat vielfältige Begabungen und Fähigkeiten. Unser Land braucht sie alle.

Wir müssen uns deshalb noch stärker um die Ausbildungsfähigkeit – insbesondere mit Blick auf Kinder mit Migrationshintergrund – unserer Schulabgänger durch die Zusammenarbeit zum Beispiel von Hauptschulen und Berufsbildendenschulen kümmern. Hierzu hat Kultusminister Dr. Bernd Althusmann einen klaren Auftrag.

Unsere Schulen müssen von bürokratischen Auflagen befreit werden, damit Lehrer mehr Zeit für den Unterricht haben.

Künftig soll es im Wesentlichen schulform- und anlassbezogene Prüfungen durch die Schulinspektion geben. Es wird das richtige und wichtige Instrument der Schulinspektionen weiterhin geben, aber zielgenauer und mit weniger Aufwand für

unsere Schulen. Auch bei Vergleichsarbeiten werden wir zu einem gesunden Maß zurückfinden. Es wird abzuwägen sein, ob wir die Teilnahme nicht zwingend vorschreiben, sondern verstärkt fachbezogen und stärker freiwillig gestalten.

Und noch etwas ist richtig: Ab dem kommenden Schuljahr verzichten wir auf eine Klassenneubildung nach der ersten und nach der fünften Klasse. So sollen einmal gebildete Klassen in diesen beiden Jahrgangsstufen mindestens zwei Jahre bestehen bleiben. Diese Entscheidung entspricht dem Wunsch von Schülern, Eltern und Verbänden!

Wenn in den kommenden Jahren die Schülerzahlen regional unterschiedlich zwischen 20 und 40 Prozent stetig sinken, müssen wir ehrlich, vorurteilsfrei und unideologisch über die zukünftige Ausgestaltung der Schullandschaft in Niedersachsen sprechen.

Für mich bedeutet das konkret:

Schule braucht Vielfalt statt Einfachheit. Die ideologischen Strukturdebatten sollten endlich beendet werden. Unser differenziertes und begabungsgerechtes Schulwesen muss behutsam fortentwickelt werden. Wir sollten den demografischen Wandel als Chance und Auftrag zugleich annehmen. Das Land wird die Schulträger als Verantwortliche für die Schulentwicklungsplanung dabei unterstützen, wenn sie ihre Schullandschaft aufgrund des demografischen Wandels anpassen müssen.

Unter Federführung des Kultusministeriums wird in Abstimmung mit den Kommunen im August eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die kommunale Forderung nach mehr Flexibilität bei der Entwicklung wohnortnaher Schulstrukturen prüft und umsetzt. Gleichwohl muss neben Standortfragen die Schulqualität im Vordergrund stehen.

Wir setzen auf Flexibilisierung und adäquate, passgenaue Lösungen vor Ort. Die Anhörung zur neuen Verordnung zur Schulorganisation wird die Landesregierung nutzen, um alle Argumente abzuwägen. Dann werden wir entscheiden, wohin sich unsere Schulstrukturen angesichts der demografischen Herausforderung und unter Berücksichtigung des Elternwillens entwickeln. Gemeinsam wollen wir Antworten auf

sich abzeichnende Entwicklungen – wie der zum Teil erhebliche Rückgang bei den Anmeldungen an den Hauptschulen – erarbeiten. Schon heute ist ebenso absehbar, dass im Grundschulbereich in den nächsten Jahren – wenn auch regional unterschiedlich – gravierende Schülerrückgänge die Schulträger vor erhebliche Probleme stellen werden. Deshalb wird die Landesregierung als Partner der Kommunen kurzfristig Wege aufzeigen, um zum Beispiel kommunale Schulverbände attraktiver zu machen oder die Qualität von Ganztagsangeboten zu verbessern.

Eines muss aber allen an Bildung Beteiligten klar sein: So sehr Standortfragen von Bedeutung sind, so sehr auch örtliche Belange Berücksichtigung finden sollten – die Lernqualität zum Wohle unserer Kinder muss oberste Priorität haben.

Die Landesregierung möchte den Lehrerverbänden, den Elternvertretern, den Schülervertretern und den kommunalen Spitzenverbänden anbieten, einen Zukunftsvertrag Schule, einen Pakt für gute Bildung abzuschließen. Dieser Vertrag soll allen Beteiligten Planungs- und Handlungssicherheit geben.

Kultusminister Dr. Althusmann ist dazu mit den Betreffenden im Gespräch, um konkrete Vereinbarungen über eine Senkung von Klassenobergrenzen für die weiterführenden Schulen zu treffen, über eine eigene Arbeitszeitverordnung für Schulleiter und über eine weitere Entlastung von Schulen zu treffen.

Eine Erhöhung der schulformbezogenen Lehrerwochenstunden ist von mir nicht geplant und nicht gewollt.

Die größte bildungspolitische Herausforderung wird kurzfristig allerdings der doppelte Abiturjahrgang im kommenden Jahr sein. 2011 werden in Niedersachsen zwei Abiturjahrgänge die Schule verlassen und ihre Ausbildung bzw. ihr Studium beginnen. Das sind 25.000 Abiturienten mehr als sonst. Kultusminister Dr. Althusmann und Wissenschaftsministerin Prof. Wanka habe ich deshalb gebeten, dem Kabinett künftig regelmäßig zu berichten, wie unsere Maßnahmen greifen und wo es Nachsteuerungsbedarf gibt. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler – und damit meine ich nicht nur die mit Abitur, sondern auch diejenigen mit einem Haupt-, Real- oder einem anderen Schulabschluss – können sich darauf verlassen: Die

Landesregierung wird alles dafür tun, damit ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen und alle Ausbildungswilligen ein Angebot erhalten. Hierzu setze ich auch auf die gute und enge Kooperation mit der ausbildenden Wirtschaft und der Arbeitsagentur.

Gestatten Sie mir noch zwei weitere thematische Anmerkungen, die in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums fallen:

1. Die nächste IdeenExpo findet vom 27. August bis 4. September 2011 in Hannover statt. Christian Wulff hat dieses Projekt für Jugend, Zukunft und Technikbegeisterung aus der Taufe gehoben. Mit seinem persönlichen Engagement hat er es 2007 und 2009 zu einem großen Erfolg geführt. Als Ministerpräsident werde ich mich ebenfalls persönlich für die IdeenExpo engagieren.
2. Mit der katholischen Kirche und den fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen pflegt diese Landesregierung einen engen und vertrauensvollen Dialog, den ich fortsetzen werde. Gleiches gilt für den Landesverband der Jüdischen Gemeinden, der im August sein 60-jähriges Bestehen feiert, und den Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden. Im Rahmen der bestehenden "Runden Tische" wird die Landesregierung auch den konstruktiven Dialog mit den muslimischen Verbänden fortsetzen.

10. Wissenschaft und Kultur

Niedersachsen hat exzellente Studienmöglichkeiten anzubieten. Die Qualität der Lehre ist entscheidend. Wichtig ist uns ebenso, dass sich die Studierenden in Niedersachsen wohlfühlen, dass sie gerne zu uns kommen, bleiben und ihr erworbenes Wissen hier anwenden.

Die Niedersächsischen Hochschulen haben dank des vor wenigen Tagen abgeschlossenen und mit mir abgestimmten Zukunftsvertrages II Planungssicherheit bis 2015. Zusammen mit unseren Hochschulen werden wir alles tun, um die Studienbedingungen noch weiter zu verbessern und den Bologna-Prozess mit Hilfe von Wissenschaftsministerin Professor Wanka weiter zugunsten der Studierenden

voranbringen. Wir wollen die Hochschullandschaft in Niedersachsen auch zukünftig strukturell weiterentwickeln und unsere Hochschulen international noch besser sichtbar machen.

Das Bildungs- bzw. Hochschulsystem muss durchlässig sein, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen. Mit der Einführung der Offenen Hochschule im Rahmen der NHG - Novelle haben wir einen wichtigen Schritt getan, die Hochschulen für beruflich Qualifizierte, die keine klassische Berechtigung zur Hochschule haben, zu öffnen. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag im Sinne des lebenslangen Lernens.

Ziel der Landesregierung bleibt es, die Quote der Studierenden aus den so genannten bildungsfernen Schichten zu verbessern. Wir wollen damit die gesellschaftliche Teilhabe steigern und zugleich dem Fachkräftebedarf gerecht werden. Daher habe ich die Wissenschaftsministerin gebeten, eine Analyse der entscheidenden Hemmnisse in Auftrag zu geben.

Wir wollen auch die Innovationstätigkeit in unserem Land weiter steigern. Es gibt schon heute tolle Beispiele, die die Innovationskraft Niedersachsens belegen: Das CFK-Valley in Stade oder das Laserzentrum in Hannover. Den Erfolg und die Ausstrahlungskraft des Laserzentrums sieht man zum Beispiel daran, dass LPKF in diesem Jahr auf der Hannover Messe den Hermes Award gewonnen hat. Um hieran anzuknüpfen, habe ich die Minister Wanka und Bode gebeten, ein Innovationskonzept gemeinsam mit und für die Hochschulen, die Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft zu entwickeln. Wir werden den Wissenstransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft noch besser fördern. Die exzellenten Forschungserfolge sollen noch schneller in der Wirtschaft ankommen. Denn Innovation ist unser Motor für Wachstum und Beschäftigung.

Insbesondere in der Medizin benötigen wir eine raschere Umsetzung von Forschungsergebnissen. Gelungen ist das bereits in der Infektions- und in der Implantatforschung. In Niedersachsen gibt es mit der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin in Göttingen zwei hervorragende Einrichtungen. Wir werden dafür sorgen, dass die Umsetzung der

Forschungsergebnisse noch schneller als bislang erfolgen wird, auch zum Vorteil der Krankenkassen und Kassenärzte. Dazu werden die Wissenschafts- und die Sozialministerin zügig das Gespräch mit den Medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten in Hannover und Göttingen, den Ärztekammern und der Kassenärztlichen Vereinigung aufnehmen.

Die Landesregierung wird den Weg fortsetzen, der mit der Regionalisierung der Kulturförderung auf die Landschaften und Landschaftsverbände begonnen wurde: Die Kulturförderung soll näher zu den Menschen. Deutlich wird dies besonders mit dem Projekt „Musikland Niedersachsen“, mit dem wir vieles in Bewegung gebracht haben und die entscheidenden Brücken bauen zum Publikum von heute und von morgen – beispielsweise mit den zahlreichen Festivals wie den Händel Festspielen oder dem Musikalischen Sommer Ostfriesland. Hier setzt auch das neue kulturtouristische Programm „PartiTouren“ an: Konzerterlebnis und Kurzreise werden dabei zu einem kulturtouristischen Erlebnis kombiniert.

Niederdeutsch und Saterfriesisch sind wichtige Kulturgüter in unserem Land. Auf dem Weg zu einem mehrsprachigen Europa ist die Pflege dieser Regional- und Minderheitensprachen ein wichtiger Bestandteil. Die Landesregierung wird sie auch weiter nach Kräften unterstützen, insbesondere auch auf Grundlage der Landtagsentschließung vom 24. Februar 2005.

Das Land braucht ein modernes Denkmalschutzrecht, das Fragen der Barrierefreiheit, der Energieeffizienz und des Klimaschutzes berücksichtigt. Wir werden deshalb jetzt das Denkmalschutzgesetz novellieren, um zu einem vernünftigen Interessenausgleich beim Erhalt und der weiteren Nutzung von Denkmälern zu kommen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesregierung noch in diesem Jahr in den Landtag einzubringen.

11. Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

Es gibt in unserem Land eine große Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dieses Engagement ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Dieses Engagement wird die Landesregierung nach Kräften unterstützen.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist eine klassische Querschnittsaufgabe. Alle Ressorts und zahlreiche Fachbereiche müssen sich daran beteiligen, damit das hohe Niveau des Engagements in Niedersachsen gewahrt werden kann. Mit den kommunalen Spitzenverbänden möchte ich diese Fragen erörtern. Ziel ist es, Anfang des kommenden Jahres eine Gemeinsame Erklärung zur abgestimmten Förderpraxis in Niedersachsen vorzulegen.

Die Landesregierung wird in den kommenden Monaten Vorschriften, die ältere Menschen vom gesellschaftlichen Leben oder einem bürgerschaftlichen Engagement ausschließen, systematisch überprüfen. Dabei denke ich beispielsweise an die bestehenden Altersgrenzen bei der Schöffentätigkeit oder der Wahl von kommunalen Hauptverwaltungsbeamten. Lebenserfahrung ist ein besonders wertvolles Kapital, auf das wir nicht verzichten können. Wir sollten weniger über das Alter, sondern mehr über die Fähigkeiten und den Erfahrungsschatz der Menschen reden!

Wir wollen das familienpolitische Know-How in Niedersachsen bündeln und darauf hinwirken, dass die vielfältigen Unterstützungs- und Beratungsangebote für Familien und Senioren noch effizienter in Anspruch genommen werden können. Ministerin Aygül Özkan habe ich daher gebeten, eine Bestandsaufnahme zu erarbeiten, um die vorhandenen Angebote zu prüfen und Doppelstrukturen abbauen zu können.

Im Interesse der Gesundheit der Menschen in Niedersachsen sollen niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser und Pflegedienste noch besser zusammenarbeiten. Diesen Weg werden wir gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens gehen, um die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung weiterhin zu gewährleisten. Noch in diesem Jahr wollen wir mindestens in einer Region ein Modellprojekt auf den Weg bringen. Um Anreize für den Beruf des Hausarztes zu schaffen, unterstützt das Land den medizinischen Nachwuchs auch finanziell, wenn sich Studierende entschließen, in ihrem Praktischen Jahr bei einem niedergelassenen Hausarzt zu arbeiten.

Niedersachsen hat seit dem 1. Januar 2008 ein modernes Behindertengleichstellungsgesetz. Bis zum Jahresende werden wir überprüfen, wie sich dieses Gesetz in der Praxis bewährt hat.

Das neue Niedersächsische Heimgesetz, das die Landesregierung dem Landtag vor wenigen Wochen zur Beratung vorgelegt hat, stärkt den Schutz von Menschen, die in einer stationären Einrichtung oder in ambulant betreuten Wohngemeinschaften leben. Es entlastet zudem die Träger, indem Bürokratie abgebaut wird und schafft darüber hinaus die Möglichkeit, neue Wohn- und Betreuungsformen leichter zu erproben. Die Anhörung zu diesem Gesetz wird im September im Niedersächsischen Landtag stattfinden. Das Gesetz kann dann Anfang 2011 in Kraft treten.

Im Sommer wird das Kabinett die Novelle der Bauordnung zur Verbandsanhörung freigeben. Danach ist die Einbringung in den Landtag für Oktober 2010 geplant. Mit der Novelle wollen wir den Katalog der verfahrensfreien Baumaßnahmen erweitern, das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren zur Regel machen und den Einbau von Rauchmeldern in Wohnungen zur Pflicht machen.

Ministerpräsident Wulff hat in Niedersachsen Integration zu einer Kernaufgabe gemacht und bundesweit Zeichen mit innovativen und guten Ideen gesetzt. Diese Politik möchte ich fortsetzen.

Bildung und Arbeit sind und bleiben die wichtigsten Säulen der Integration. Deshalb werden wir auch weiterhin das Erlernen der deutschen Sprache fördern. Nur wer die deutsche Sprache beherrscht, wird einen Schulabschluss erreichen, den Weg in den Arbeitsmarkt und damit seinen Platz in der Gesellschaft finden. Es ist sinnvoll, dass die Eltern in die Integrationsarbeit in Kindergärten und Schulen stärker einbezogen werden.

Im Schulterschluss mit der niedersächsischen Wirtschaft wird die Landesregierung sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Potenziale von Vielfalt in Unternehmen erkannt und gefördert werden. In einer Allianz gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir in den nächsten drei Jahren noch mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund in qualifizierte Auszubildungsverhältnisse bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Möglichkeiten und Berufsbilder des Öffentlichen Dienstes mit Hilfe einer Informationskampagne noch bekannter machen. Das Land sollte mit gutem Beispiel vorangehen und auch im Öffentlichen Dienst die Anzahl der Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund gezielt steigern!

Ein ganz wichtiges Thema der Integration möchte ich noch hervorheben: Es geht um die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüssen. Heute arbeiten lediglich 16 Prozent der Migranten in ihrem erlernten Beruf. Dies bedeutet umgekehrt, dass rund 500.000 Migranten in Deutschland nicht ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt werden. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass die nach Deutschland mitgebrachten Berufsabschlüsse und sonstigen berufsrelevanten Qualifikationen für den Einzelnen besser verwertbar werden. Teilanerkennungen, die durch Nachqualifizierungen angepasst werden können, sind geeignet und ebenso berufssprachliche Qualifizierungen. Dafür brauchen wir einfache, transparente und nutzerfreundliche Verfahren.

12. Inneres

Auf die Erfolgsbilanz von Polizei und Justiz habe ich zu Beginn der Regierungserklärung bereits hingewiesen. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit für die Sicherheit in unserem Land. Dafür danke ich ihnen herzlich!

Gerade unsere Polizeibeamten tun ihren Dienst unter schwierigen Rahmenbedingungen und sind leider zunehmender Gewalt ausgesetzt. Wir tragen Verantwortung für unsere Polizeibeamten und nehmen eine professionelle Betreuung und Nachsorge ernst. Soweit erforderlich werden wir diese weiter optimieren. Wir setzen uns für eine Neufassung des Paragraphen 113 Strafgesetzbuch ein. Für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte soll die Mindeststrafe erhöht sowie das Höchststrafmaß auf mindestens drei Jahre heraufgesetzt werden. Gewalt gegen Polizeibeamte, die sich mit ihrer Gesundheit für Recht und Ordnung und damit für unsere Sicherheit einsetzen, ist vollkommen inakzeptabel. Das Strafrecht sollte ein deutliches Zeichen setzen!

Noch in diesem Jahr wird der Landtag voraussichtlich das neue Versammlungsgesetz abschließend beraten und verabschieden. Damit schützen wir jene, die sich friedlich und ohne Waffen versammeln. Niedersachsen bekommt ein modernes, verständliches und praxisnahes Landesgesetz.

In der Fortsetzung der Verwaltungsreformen 1 und 2 möchte ich mich für einen weiteren umfassenden Aufgaben- und Bürokratieabbau einsetzen. Was wir brauchen, ist ein Staat, der sich auf diejenigen Kernaufgaben konzentriert, die die Bürger und die Wirtschaft nicht allein lösen können. Hierzu ist eine konsequente Aufgabenkritik notwendig. Jetzt steht die dritte Stufe der Verwaltungsmodernisierung an. Bis 2015 wird das Land weitere 1.500 Stellen abbauen.

In einem Flächenland wie Niedersachsen ist es sinnvoll, Aufgaben von Landesdienststellen vor Ort wahrnehmen zu lassen. Die Fachkompetenz und den erforderlichen – auch räumlichen - Bezug zur Entscheidung gilt es in der Fläche zu erhalten. Die Ämter für Geoinformation, Landentwicklung, Liegenschaften (GLL) sind einhellig als Erfolgsmodell für die Fläche anerkannt. Deshalb sollen diese Fachaufgaben auch in der Zukunft vor Ort erledigt werden. Synergien – auch vor dem Hintergrund der Finanzsituation - sehe ich allerdings bei den Querschnittsaufgaben. Die Bündelung dieser Bereiche durch organisatorische Zusammenführung der Einheiten führt zu einer spürbaren Haushaltsentlastung ohne dabei Präsenz und Kompetenz vor Ort einzubüßen. Mit einem zentralen Landesamt GLL und den dazugehörigen Fachdienststellen vor Ort ließe sich dies verwirklichen.

Die Regierungsvertretungen sind als regionale Repräsentanzen der Obersten Landesbehörden Botschafter des Landes in der Fläche. Als solche sorgen sie dafür, dass die Landesregierung über wesentliche raumbedeutsame oder strukturpolitisch wichtige Entwicklungen in allen Landesteilen möglichst frühzeitig unterrichtet ist, auch um diese in eine gewünschte Richtung zu beeinflussen. Hierdurch können solche Entwicklungen auch angestoßen werden. Dieses Profil wollen wir schärfen. Das künftige Aufgabenspektrum der Regierungsvertretungen in Oldenburg, Braunschweig und Lüneburg wird sich auf raumbedeutsame und strukturpolitische Fragestellungen konzentrieren.

Die Kommunen brauchen die Unterstützung des Landes. Unterstützung bedeutet vor allem:

1. ein attraktiver rechtlicher Rahmen,
2. zukunftsfähige Strukturen und
3. eine angemessene finanzielle Unterstützung.

Zu 1: Das neue Kommunalverfassungsrecht soll rechtzeitig vor Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode am 1. November 2011 in Kraft treten. Damit schaffen wir einen attraktiveren rechtlichen Rahmen für kommunalpolitische Tätigkeit.

Zu 2: Diese Landesregierung steht für moderne, zukunftsfähige kommunale Strukturen. Der mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte Zukunftsvertrag bietet eine gute Grundlage dafür. Jetzt ist die Zeit für die Kommunen, sich freiwillig zu verändern. Jetzt sollten die Kommunen diese Zeit auch tatsächlich nutzen. Die Umsetzung des Zukunftsvertrages läuft, Lenkungs- und Arbeitsgruppen sind eingerichtet und können bereits erste Ergebnisse vorweisen. Dies betrifft vor allem die weitere Kommunalisierung von Landesaufgaben sowie die Entschuldung vor allem fusionswilliger Gemeinden.

Innenminister Uwe Schünemann habe ich gebeten zu prüfen, wie die gesetzliche Frist für die Anträge der Kommunen auf Entschuldungshilfen bei freiwilligen Fusionen vom 31. Oktober 2011 auf das Frühjahr 2012 verlängert werden kann. Dann könnten neu gewählte Räte und Kreistage nach Beginn der neuen Kommunalwahlperiode ab 1. November 2011 noch wegweisende Beschlüsse fassen.

Seit wenigen Tagen liegt dem Innenminister eine rund 430 Seiten umfassende Untersuchung der Kommunalstrukturen in Niedersachsen vor. Der Innenminister wird das Gutachten jetzt über die kommunalen Spitzenverbände allen Kommunen im Lande zugänglich machen. So viel deutet sich aber nach einer allerersten Betrachtung bereits an: Unsere kommunalen Strukturen entsprechen in bestimmten Regionen nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Wir müssen den aus vielerlei Gründen und insbesondere wegen der unausweichlichen demografischen Entwicklung bestehenden Handlungsbedarf aufgreifen, um im Harz, im Weserbergland, im Nordosten und an der Küste ein wesentliches Stück Zukunft zu sichern.

Zu 3: Gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen wollen wir eine Verstetigung der kommunalen Einnahmen für die Zukunft erreichen. Die Kommunen müssen endlich in die Lage versetzt werden, mittelfristig sicher planen zu können. Die Arbeit der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene zielt darauf ab, das kommunale Finanzierungssystem für die Zukunft zu sichern.

Unsere Position ist klar: Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung sichern, verstetigen und nachhaltig stärken. In diesem Sinne wird sich Uwe Schünemann als Ländervertreter in der Kommission einsetzen. Den Innenminister habe ich gebeten, dem Kabinett regelmäßig über den Fortgang der Beratungen zu berichten.

13. Justiz

Das Land wird auch künftig für eine leistungsfähige und bürgernahe Justiz in der Fläche Sorge tragen. Durch Justizzentren und eine verstärkte Zusammenarbeit vor Ort soll die Effizienz unserer Gerichte weiter erhöht werden und gleichzeitig wollen wir vorhandene Gerichtsstandorte in der Fläche sichern.

Der Ausbau der außergerichtlichen Streitbeilegung stärkt den Rechtsfrieden und entlastet die Gerichte. Nachdem bereits zum 1. Januar 2010 das Niedersächsische Schlichtungsgesetz in Kraft getreten ist, werden wir weiter auf die Verabschiedung eines Bundesmediationsgesetzes hinwirken. Das Bundesjustizministerium hat die Vorlage eines Referentenentwurfs noch in diesem Monat zugesagt. Darüber hinaus möchten wir einen Beitrag leisten, die außergerichtliche Streitbeilegung weiter bekannt zu machen. Deshalb soll noch in diesem Jahr ein entsprechender Fachkongress in Hannover stattfinden.

Im Recht der Sicherungsverwahrung wollen wir Schutzlücken schließen. Ein Gesetzentwurf zu diesem Thema wird nach Auskunft des Bundesjustizministeriums bereits Anfang Juli vorgelegt werden. Im Interesse der Sicherheit der Menschen werden Justizminister Bernd Busemann und die gesamte Landesregierung auf eine zeitnahe Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes hinwirken. Darüber hinaus werden wir uns auch weiterhin mit allen rechtlichen Mitteln dafür einsetzen, dass noch als gefährlich eingestufte Sicherungsverwahrte auch nach dem Urteil des

Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 17. Dezember 2009 nicht automatisch entlassen werden. Die Menschen haben einen Anspruch auf wirksamen Schutz vor Rückfalltaten gefährlicher Gewalt- und Sexualstraftäter!

Wir wollen außerdem die hohe Qualität des niedersächsischen Justizvollzugs konsequent ausbauen und werden den bereits eingeschlagenen Weg der Neuordnung unseres Justizvollzugs fortsetzen. Das Land wird kleine und unwirtschaftliche Vollzugseinrichtungen schließen und – die Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt - durch den Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt in Bremervörde die Haftraumstandards und die Möglichkeiten zur Einzelunterbringung weiter verbessern.

14. Medien

Wir wollen die Chancen, die sich aus den neuen technischen Möglichkeiten für den Medienstandort Niedersachsen ergeben, engagiert nutzen. Ein wichtiger Baustein ist dabei die Neufassung des Mediengesetzes. Das neue Gesetz soll es vor allem die ermöglichen, auch in Niedersachsen kommerziellen lokalen und regionalen Rundfunk zu veranstalten. Der Start der neuen Angebote ist für den 1. Januar 2011 geplant.

Mit dem Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird eine Neukonzeption der Rundfunkgebührenordnung einhergehen. Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich vor drei Wochen (10. Juni 2010) auf ein Eckpunktepapier zur Rundfunkfinanzierung geeinigt. Es sieht vor, die bisher an ein Empfangsgerät geknüpfte Rundfunkgebühr durch einen geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag zu ersetzen, der für Haushalte und Betriebsstätten zu entrichten sind. Auf der Grundlage dieses Eckpunktepapiers wird nun ein entsprechender Staatsvertrag erarbeitet, der zum 1. Januar 2013 in Kraft treten soll.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine unverzichtbare Säule des deutschen dualen Rundfunksystems. Der Norddeutsche Rundfunk ist eine der stärksten Anstalten innerhalb der ARD. Das ist gut für den Norden, und das ist auch gut für Niedersachsen. Besonders gefreut habe ich mich über die Ankündigung des NDR, die Regionalberichterstattung im dritten Fernsehprogramm mit einer weiteren

werktäglichen Nachrichtensendung für Norddeutschland um 21.45 Uhr weiter auszubauen. Diese Sendung wird unter Federführung des Landesfunkhauses am Maschsee produziert. Das ist eine sehr gute Entscheidung. Sie stärkt unser Landesfunkhaus und damit den Standort Hannover. Eine langjährige politische Forderung aus Niedersachsen wird damit umgesetzt. Der NDR wird etwas niedersächsischer. Das ist richtig so!

In 14 Punkten habe ich Ihnen politische Schwerpunkte – bei weitem nicht alle – der Landesregierung dargestellt.

Wir werden über die Inhalte unserer Regierungspolitik heute und auch in den kommenden Monaten und Jahren kontrovers debattieren. Das ist völlig normal. Das ist für einen demokratischen Meinungsbildungsprozess konstitutiv. Das Parlament kontrolliert die Regierung. Ohne Parlament ist eine demokratisch legitimierte Regierung gar nicht vorstellbar.

Alle Abgeordneten möchte ich bitten, sich bewusst zu sein: Trotz aller parteipolitischen Unterschiede haben wir eine gemeinsame Verantwortung für die Menschen in Niedersachsen. Mein Wunsch ist, dass wir in der Sache hart streiten, im Umgang aber stets fair bleiben!

Was uns besonders auszeichnet in Niedersachsen ist die Vielfalt: Vor allem landschaftlich mit Küste, Heide und Harz, mit Geest, Marsch und Moor, mit den Naturschönheiten des Alten Landes, der Elbtalaue und des Wendlandes, des Artlandes oder des Oldenburger Münsterlandes, den Flusslandschaften des Aller- und Leinetales und den Höhenzügen des Leine- und Weserberglandes.

Historisch gewachsen aus den einst selbständigen Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe wird dieses Land geprägt durch selbstbewusste großartige Menschen. Die Gestaltung ihrer Zukunft ist nicht nur eine Aufgabe von Landesregierung und Landtag. Es ist eine Aufgabe, die uns alle angeht.

Deshalb bitte ich alle Menschen in Niedersachsen, sich einzubringen an welcher Stelle auch immer, um unser Gemeinwesen zu gestalten, und um den richtigen Weg

zu ringen. Das gilt für die Vertreter von Verbänden und Organisationen, für die Unternehmen, Gewerkschaften und die Kirchen, das gilt für die vielen Engagierten in Kindergärten und Schulen, in Sport-, Heimat- und Schützenvereinen, in kulturellen Initiativen, in Bürgerinitiativen, in den Feuerwehren, Krankenhäusern, Altenheimen, Tafeln und in den zahllosen anderen Hilfsorganisationen.

Niedersachsens erster Ministerpräsident Hinrich-Wilhelm Kopf hat in seiner ersten Regierungserklärung am 9. Dezember 1946 Folgendes erklärt. Ich zitiere:

„Die Demokratie ist auf das Zusammenwirken gleichberechtigter Staatsbürger angewiesen. Im sachlichen Meinungsstreit, der auch schärfste sachliche Kritik nicht scheuen darf, müssen die das öffentliche Leben bestimmenden Entschlüsse zustande kommen. Nur sachliche Kritik und sachliche Argumente sind wertvoll und förderlich. Alles andere schadet nur, lenkt die Diskussion von der gemeinsamen Aufgabe ab und führt zu unsachlichen und schädlichen Entscheidungen.“

Diese Prinzipien von Hinrich-Wilhelm Kopf haben bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Wir alle wissen oder ahnen, wie schwierig damals die Zeiten waren, wie groß die Entbehrungen und Herausforderungen angesichts von Millionen von Flüchtlingen und Einheimischen ohne Obdach waren.

Es ging um den Neuaufbau einer Landesverwaltung, um den Neuaufbau eines Schulwesens. Es ging aber vor allem auch um elementare Dinge: um die Sicherstellung von Lebensmitteln und Wohnraum, um die zumindest notdürftige Versorgung der Menschen.

Wir wissen, welche Entwicklung Niedersachsen in den letzten 64 Jahren genommen hat. Wir können gemeinsam stolz auf das Erreichte sein. Wir können gemeinsam weiterhin viel für unser Land erreichen, wenn wir das Richtige tun. Dafür brauchen wir Optimismus, Tatkraft und Mut zur Verantwortung.

Meinen kleinen Beitrag möchte ich mit Gottes Hilfe dazu leisten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.